

Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Bonner Atomkriegspolitiker, geben. Wenn zwischen den deutschen Arbeiterparteien in bedeutendem Maße Übereinstimmung in der Einschätzung der furchtbaren Gefahr der atomaren Aufrüstung Westdeutschlands besteht, dann ergibt sich daraus die unbedingte Notwendigkeit, sich über gemeinsame Schritte gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu verständigen.

Wenn einige führende Genossen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen den deutschen Arbeiterparteien sprechen, die ein Zusammengehen gegen die Gefahr des Atomtodes unmöglich machen, so steht das im tiefsten Gegensatz zu den Interessen und zum Willen der Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse. Niemand leugnet, daß es zwischen uns Meinungsverschiedenheiten prinzipieller Natur gibt. Diese Meinungsverschiedenheiten dürfen jedoch niemals der Erfüllung der dringendsten, uns gemeinsamen Gegenwartsaufgabe im Wege stehen. Wir sind der Auffassung, daß die nationale Aufgabe der Arbeiterklasse in der Gegenwart darin besteht, den Kampf um den Frieden erfolgreich zu führen. Wenn es nicht gelingt, den westdeutschen Militaristen die Atomwaffen aus der Hand zu schlagen, dann wird das dunkelste Kapitel der Nachkriegsgeschichte in der Arbeiterbewegung Westdeutschlands eingeleitet.

Wir erklären daher unmißverständlich: Für unsere Partei, für die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geht es darum, einen Krieg, einen Bruderkrieg zwischen den Deutschen zu verhindern, die deutschen Militaristen daran zu hindern, ein neues unabsehbares Unglück für unser Volk und für die übrigen Völker Europas vorzubereiten. Darum gehört unsere ganze Solidarität jeder Aktion, jeder Maßnahme im Kampf gegen die Atomrüstung, von wem immer sie kommt, weil sie der Sache des Friedens dient.

Werte Genossinnen und Genossen! Es ist uns bekannt, daß es in Euren Reihen in der Beurteilung der Rolle und der Politik der Deutschen Demokratischen Republik Meinungsverschiedenheiten gibt. Uns scheint, der Maßstab bei der Betrachtung der Regierungen und deren Politik in beiden deutschen Staaten müßte das Verhalten der Regierungen zur atomaren Aufrüstung und zum Frieden sein.

Die gesamte Politik, alle Gesetze, alle Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sind der Ausdruck dafür, daß hier die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen herrscht.